

Literatur und Politik in der Bundesrepublik Deutschland

BERNHARD VOGEL

Ich möchte es wagen, über Literatur und Politik zu sprechen, obwohl ich ein Zitat von Heinrich Böll vor Augen habe, das es mir schwer macht. Böll sagt: „Es gehört zur Natur der Sache, daß Staatsmänner . . . törichte Äußerungen über Literatur von sich geben.“ Ich möchte dennoch dazu sprechen – in der Gewißheit, daß ich kein „Staatsmann“ bin (dazu muß man ja wohl auf jeden Fall zumindest tot sein!), und in der Hoffnung, daß ich über die Literatur nichts Törichtereres sage, als manche Literaten über Politik. Ich möchte allerdings die Bemerkung anfügen, daß ich gestern abend und heute morgen gemerkt habe, daß, soweit die Anwesenden nicht Juristen, sondern Künstler sind, es sich wohl weit überwiegend um Bildende Künstler handelt. Gleichwohl will ich über Literatur sprechen, einmal, weil ich davon ein bißchen mehr als von den Bildenden Künsten verstehe, und zum anderen, weil ich glaube, daß die unmittelbare Affinität zur Politik bei der Literatur und bei den Literaten ganz besonders groß ist und daß dieses Thema gegenwärtig besondere Aktualität besitzt.

Nicht von zeitgebundener Aktualität, sondern von langer Tradition ist die Tatsache, daß zwischen Literatur und Politik ein Spannungsfeld besteht. Dies ist keine neue Erkenntnis. Die abendländische Geistesgeschichte bietet eine Fülle von Beispielen. Der rote Faden, der diese Beispiele verbindet und der sich leicht bis in unser Jahrhundert der Bücherverbrennungen und des Abschiedens unbequemer Autoren in psychiatrische Anstalten verlängern ließe, ist die Versuchung der Politiker zu wünschen, man könnte die Literatur an die Kette der Staats- oder Parteiräson legen. Die Unterscheidung zwischen positiver, konstruktiver, erwünschter Literatur auf der einen Seite und zersetzender, entarteter, unerwünschter Literatur auf der anderen Seite ist keineswegs ein Phänomen erst der neuesten Geschichte. Schon Platon trat für eine strenge Auswahl der Literatur ein. Er wollte beispielsweise bekanntlich nicht, daß in seinem Idealstaat die Kinder Homer lesen, denn sie sollten nicht durch Skandalgeschichten über die Götter verdorben werden. Und das scheint mir noch aktueller: Er wollte auch nicht, daß die Dichter Berater der Politiker seien, dies blieb den Philosophen vorbehalten.

Dahinter steht ein jahrhundertaltes Wechselspiel zwischen der Politik, die versucht ist, die Literatur ihren Zweckbestimmungen zu unterwerfen und der Versuchung der Literaten, auch selbst Politik zu machen. Auch das hat eine lange Tradition und gilt auch für manche Schriftsteller der Gegenwart.

Ziel der Politik, so meine ich, ist es nicht, daß sich der Staat ausdehnt, daß er sich immer weiter ausbreitet, sondern daß sich die Menschen in einer freiheitlichen, gerechten und solidarischen Ordnung und in einem freiheitlichen, gerechten und solidarischen Gemeinwesen entfalten können. Politik greift zu kurz, wenn sie den

Menschen nur als Staatsbürger versteht. Genau diese Vorstellung ist eine der schrecklichen Verkürzungen, die manche politischen Reformer in ihrem Übereifer vergessen haben. Der Bürger ist eben nicht nur Erwirtschafter des Bruttosozialproduktes, nicht nur eine Ziffer in vielerlei Statistiken. Er ist in erster Linie und vor allem Mensch, d. h., er hat Eigenschaften, Bedürfnisse, Rechte, die sich aus seiner humanen Natur ergeben und nicht allein aus seiner politischen Existenz. Er hat selbstverständlich Anspruch auf Politik; aber auch auf freie Räume, in denen Politik, Staat und Demokratie nichts zu suchen haben. Wer alles demokratisieren will, versucht letztlich auch alles zu verstaatlichen und handelt deswegen unmenschlich, weil der Mensch mehr als nur ein von Politik umgriffenes und umgreifbares Wesen ist. Dazu gehört, daß der Mensch die Sinnfrage für sich stellen und beantworten will, daß er einen staats- und auch teilweise einen gesellschaftsfreien Raum für sich beansprucht, daß er fähig ist zu träumen, zu lieben, zu trauern, zu lernen, erschüttert zu sein. Der Staat, die Politik kommt hier an eine Grenze, die nur totalitäre Politik zu überschreiten wagt. Für freiheitlich-demokratische Politik hat Peter Graf Kielmansegg hier zu Recht die „Gefahr der Überforderung“ diagnostiziert: „Die Tendenzen der Auflösung überlieferter Geltungen sind (in der heutigen Gesellschaft) deutlich stärker als die Fähigkeit, neue Verbindlichkeiten zu stiften. . . Das bedeutet, daß Politik als nahezu einzige und letzte normierende Potenz übrigbleibt. Verbindlichkeiten können nur noch durch politische Entscheidungen begründet werden. Und das heißt wiederum: Politik ist hoffnungslos überfordert.“ Dieses Zitat von Kielmansegg ist mir deswegen wichtig, weil wir nicht nur Verbindlichkeiten brauchen, die durch Mehrheiten festgelegt werden, sondern auch Verbindlichkeiten, die jeder Mehrheit und natürlich auch jeder Minderheit vorgegeben sind, weil wir sonst Mehrheiten wie Minderheiten in ihren Entscheidungen überfordern. Im Bereich der Sinnstiftung und der Moral hat – neben der Religion – die Kunst, hat insbesondere die Literatur ihren eigenen Ort. Sie muß sich bewußt sein, was – über alle Ästhetik hinaus – das Wort bewirken kann, wie sehr es den Menschen in seinen Entscheidungen, in seiner Orientierung zu beeinflussen vermag. Dieses Verstehen der Bedeutung des Wortes ist geringer geworden. Übrigens auch in den beiden Kirchen. Die katholische Kirche hat im Zuge ihrer Reform Abschied davon genommen, dies ihren Gläubigen in jeder heiligen Messe ins Gedächtnis zu rufen. Vor der Reform gab es keinen Gottesdienst ohne den Anfang des Johannes-Evangeliums. Und die evangelische Kirche steht ja ohnehin seit Luther unter dem Wort, wobei ich allerdings meine, daß „Diskussion“ kein neues Synonym für das Wort werden darf, sondern allenfalls einen Teilbereich des Lebens mit dem Wort und unter dem Wort darstellt.

Eine strikte Beziehungslosigkeit zwischen Politik und Literatur ist meines Erachtens nicht denkbar. Wort, das ausgesprochen ist, wirkt auf Menschen. Literatur stellt Verbindung her, Literatur stellt Fragen, sie beantwortet sie aber auch in aller Regel: Insofern ist alle Literatur – und nicht nur die sogenannte politische Publizistik – „engagiert“ und insofern hat jede Kunst eine „Tendenz“, sofern sie sich nicht in den elfenbeinernen Turm folgenloser Unverbindlichkeit zurückzieht. Daß der Prager Frühling von 1967/68 von Schriftstellern mit eingeleitet wurde, ist bekannt; daß Solschenizyn in der UdSSR eine halböffentliche Macht war oder noch ist, ebenso. Viele weitere Beispiele aus Spanien, aus Lateinamerika etwa, lassen sich aus diesem Jahrhundert nennen.

Für das Verhältnis von Literatur und Politik in der Bundesrepublik Deutschland ist wohl eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Distanz charakteristisch. Allerdings:

Die kritische Distanz eines Ernst Jünger und eines Heinrich Böll zu der politischen Wirklichkeit der Bundesrepublik trägt kaum gemeinsame Züge. Die Bandbreite der bezogenen Positionen reicht von der legitimen Unabhängigkeit des Autors, die ihm und durch die er sich seinen literarischen Freiraum sichert, bis hin zu der hyperkritischen, ja feindseligen Abwehr mancher Autoren, die wir gerade in der letzten Zeit beobachten konnten.

Die heute in Deutschland wirkenden Autoren und Politiker entstammen der gleichen Generation. Die älteren unter ihnen zogen durch die gleichen Schützengräben und Gefangenenlager. Manche der Autoren haben sich sehr lange bei der Trümmerliteratur aufgehalten, während andere, unter den Politikern beispielsweise, mithalfen, eine – sicher nicht vollkommene – neue staatliche Ordnung aufzubauen, ohne daß manche Literaten davon Kenntnis nahmen, sich vielmehr erst später zu heftiger Kritik aufschwangen und schalten, was da aufgebaut worden war.

Lassen Sie mich das, was ich in bezug auf diese zunächst abwartenden und dann feindseligen Kritiker meine, mit einem Zitat von Walter Scheel aus seiner Tübinger Universitätsrede vom Oktober 1977 sagen: „So ist es seit einigen Jahren Mode, bei einigen Schriftstellern, Journalisten und bestimmten Universitätskreisen. . . , kein gutes Haar an diesem Staat zu lassen. Regierung, Parlament, Gewerkschaft, Gerichte, Behörden, die Wirtschaft, die Kirchen und nicht zuletzt die Universitäten selbst werden lächerlich gemacht und verdächtigt. . . , jede Art von Leistung wird ihnen abgesprochen, sie werden dargestellt als Feinde des Volkes, die zu bekämpfen seien, während man selbst in strahlender Reinheit, flammend vor Engagement und Geist erscheint. Ein Weltbild von erstaunlicher Simplizität – Schafe und Böcke klar getrennt – und von wirklicher Kritik, deren Hauptaufgabe ja im Differenzieren des scheinbar Einfachen besteht, völlig unberührt; eine Kritik ohne Maß, eine Kritik ohne Selbstkritik, tief davon überzeugt, daß sie die Wahrheit verwalte – eine undemokratische Kritik also.“

Ich bin der festen Überzeugung, daß Literatur, die nichts anstößt und die deshalb auch in den Köpfen nichts bewegt, ihre Chance vergibt, folgenlos bleibt. Lassen Sie mich aber hinzufügen: Auch Literaten, die mit ihrer Kritik heillos über das Ziel hinausschießen, die selbst von mimosenhafter Empfindlichkeit sind, aber auf andere mit dem Holzhammer einschlagen, verspielen die Möglichkeiten der Literatur.

Wer heute als deutscher Schriftsteller oder als deutsche Schriftstellerin die Behauptung aufstellt, in der Bundesrepublik Deutschland würden die Freiheitsrechte der Autoren eingeschränkt und man fühle sich „in die Jahre 1932/33“ zurückversetzt, weiß nicht, was 1932/33 war oder redet von einem anderen Land oder verleumdet bewußt den freiesten Staat der deutschen Geschichte. Er vergißt übrigens auch, daß er damit die trifft, die aus dem anderen deutschen Staat in die Bundesrepublik kommen, um sich der Diktatur zu entziehen und in Freiheit zu leben.

Im anderen deutschen Staat tritt ein totalitäres Regime die Freiheitsrechte seiner Bürger und seiner Autoren seit Jahrzehnten mit Füßen. Ein Reiner Kunze, eine Sarah Kirsch, ein Hans Joachim Schädlich hätten nicht in den Westen übersiedeln und die DDR verlassen müssen, wenn ihnen dort auch nur ein Bruchteil der Freiheit gewährt worden wäre, über die die Autoren in der Bundesrepublik ganz selbstverständlich verfügen.

Ich habe vor ein paar Wochen zusammen mit Manès Sperber die letzte Frankfurter Buchmesse eröffnet. Manès Sperber hat dort meines Erachtens die Freiheit des

Schriftstellers in einer außerordentlich zutreffenden Weise definiert. Er hat dort gesagt: „Die in der parlamentarischen, pluralistischen Demokratie von der Verfassung verbürgten Menschenrechte gewähren jedem einzelnen die Freiheit des Glaubens, des Meinens, das Recht zu denken, wie er es versteht, zum Beispiel anders als die Regierung oder die Mehrheit seiner Mitbürger. Er ist frei, Zustimmung und Gegnerschaft öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Diese Freiheiten genügen dem Schriftsteller vollauf; er braucht keine Privilegien, nichts rechtfertigt zum Beispiel die Forderung, daß ihm etwas erlaubt werde, was das Gesetz anderen untersagt: So die öffentliche Herabsetzung anderer, die Bloßstellung fremden Privatlebens, den Rufmord, die verleumderische Hetze gegen Rassen, Nationen, Religionsgemeinschaften, Parteien oder Minoritäten.“ Ein bemerkenswertes Zitat, das durch den Lebensweg von Manès Sperber nur noch bemerkenswerter wird.

Es ist das gute Recht der Literatur, auch die Politik und die vom Wähler legitimierten Politiker herauszufordern. Wenn etwa Günter Grass oder ein anderer prominenter Autor in unserem Staat Mißstände erkennt und sich dazu äußert, so ist dies nicht nur sein gutes Recht, sondern es verdient ganz besonderer Aufmerksamkeit, und zwar auch von seiten der Politiker. Wenn Herr Grass es für richtig hält, Wahlkampf für die SPD zu machen, so ist das legitim und in Ordnung und niemand hat etwas dagegen. Nur eines geht nicht: Sich in den Ring der politischen Auseinandersetzung begeben, aber dann, wenn man das dort herrschende ziemlich rauhe Klima zu spüren bekommt, den Rückzug anzutreten mit der Bemerkung, man sei ja nur seiner moralischen Verpflichtung als Autor nachgekommen und die Kritik der Politiker sei repressiv oder gar faschistisch. Wer politisch argumentiert, muß sich gefallen lassen, daß er politisch attackiert wird. Wer eine Wählerinitiative für eine Partei macht, was sein gutes Recht ist, kann, wenn man sich damit auseinandersetzt, nicht auf den „Butt“ verweisen. Wer seine literarische Aufgabe und sein politisches Engagement so unselig vermengt, wie etwa Erich Fried mit seinem Buback-Gedicht, der kann weder im politischen noch im literarischen Bereich ernst genommen werden, er manövriert sich selbst ins Abseits.

Ich glaube, daß der Schriftsteller in besonderem Maße die Fähigkeit besitzt oder besitzen sollte, den Politiker ein Stück zusätzliche Wirklichkeit sehen zu lehren. Literatur deutet Wirklichkeit, legt ihr Geflecht auseinander und macht moralische Sachverhalte deutlich. Denken Sie etwa an den Roman von Hans Erich Nossack „Spätestens im November“, der gegenwärtig in einer deutschen Tageszeitung abgedruckt wird. Die Wirklichkeit, die Nossack dort schildert – etwa die Gestalt des Unternehmers, etwa das Wirtshaus an der französischen Grenze oder auch die Gestalt des jungen Dichters –, ist bestimmt nicht die Wirklichkeit, die einmal der Historiker als das Deutschland jener Jahre beschreiben wird, oder die Wirklichkeit des Politikers; sehr wohl aber eine Wirklichkeit, die dem Politiker helfen kann, eine Sicht der Dinge, die beim politischen Handeln nicht ohne Berücksichtigung bleiben sollte.

Ich habe keine fertige Formel anzubieten, nach der das komplexe und schwer zu definierende Verhältnis von Staat und Literatur, von Politikern und Autoren gestaltet sein sollte. Ich meine nur, daß wir uns darum bemühen müssen, daß der Dialog nicht abreißt und daß dort, wo er bereits abgerissen ist, die Fäden geduldig neu geknüpft werden. Denn auch und vielleicht gerade in unserem Zeitalter der Massenmedien ist die Literatur einer der feinfühligsten und aussagestärksten Indikatoren für das

geistige Klima in einem Land. Durch die Art, wie Politik und Literatur miteinander umgehen, gestalten sie dieses geistige Klima mit und wirken auf die Menschen, die ja Adressaten beider sind. Ich sage das zu den Literaten und zu den Politikern, und zwar zu Politikern aller Parteien. Zu den Politikern meiner eigenen Partei allerdings mit besonderem Nachdruck, weil ihnen gegenüber in der Öffentlichkeit besondere Erwartungen bestehen, die nicht enttäuscht, sondern die erfüllt werden sollten. Es ist ja nicht so, daß die Politiker der Unionsparteien nur abgelehnt werden, sondern sie werden ganz im Gegenteil mit besonderen Erwartungen angehört, die sie allerdings mitunter, wie ich meine, enttäuschen. Und dies sollten wir nicht tun.

Lassen Sie mich einige Positionen skizzieren, die ich keineswegs als „Spielregeln“ für das Verhältnis von Politikern und Literaten verstanden wissen möchte, die aber deutlich machen sollen, daß mir auch hier das Suchen und Finden eines Konsenses möglich erscheint. Gerade weil wir ein Klima der Freiheit und Mannigfaltigkeit in unserem Staate wollen, darf ein so wichtiger und sensibler Teilbereich des geistigen Lebens nicht in den toten Winkel der Politik rücken, nicht an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt werden.

In dem vielzitierten und wenig gelesenen kleinen Roten Buch Mao Tse-tungs heißt es: „Man muß es dahin bringen, daß sich Literatur und Kunst als ein integrierender Bestandteil in den Gesamtmechanismus der Revolution einfügen, daß sie zu einer machtvollen Waffe für den Zusammenschluß und die Erziehung des Volkes, für die Schläge gegen den Feind und dessen Vernichtung werden.“ So oder ähnlich wird die Funktion „staatserhaltender“ Literatur von allen totalitären Regimen definiert. Wer sich als Autor daran hält, kann mit Privilegien mancherlei Art rechnen, wer es nicht tut, gefährdet seine Freiheit und sein Leben.

Bei Marx – und er bestimmt das Bewußtsein vieler linker Literaten in Deutschland natürlich stärker als Mao – steht bekanntlich der Satz, es sei nicht genug, die Welt zu interpretieren, sondern es gelte, die Welt zu verändern. Betrüblicherweise beherzigen die meisten derer, die sich auf Marx berufen, diesen Satz nicht. Sie verändern nicht, sondern sie interpretieren dauernd, machen Gesellschaft und Welt, jedenfalls aber die anderen, für alles Übel verantwortlich. Sie verändern nicht, sondern verwirren und verunsichern. Ich weiß, daß das eine etwas harte Anmerkung ist. Aber der einzige, der ein wirklicher „Systemveränderer“ in Deutschland nach 1945 gewesen ist, war nicht ein Marxist, sondern – Ludwig Erhard! Und wenn man sich fragt, ob die Theorie von der „Heimatlosigkeit der Intellektuellen“ eigentlich noch stimmt, dann muß man doch wohl sagen: Offensichtlich nur so lange, wie man nicht als Intellektueller im Marxismus lebt. Denn dort ist der Literat sicher der Unglücklichste und Heimatloseste von allen.

Die freiheitlich-demokratische Alternative zu dem Verständnis von Kunst und Literatur, wie es aus diesen beiden Zitaten von Marx und Mao verkürzt hervorgeht, steht im Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes. Dieser Grundgesetzartikel garantiert der Kunst Eigenständigkeit und Freiheit, die elementaren Voraussetzungen künstlerischen Schaffens. Das Grundgesetz schützt die Kunst vor jeder staatlichen Bevormundung oder Lenkung; das haben der Staat und die in ihm verantwortlichen Politiker zu respektieren.

Und doch: Bei aller notwendigen Neutralität und bei allem Verzicht auf eine politische Inhalts- und Zielbestimmung, kann meines Erachtens eine völlige Distan-

zierung des Staates nicht in Betracht kommen. Freiheit der Kunst erschöpft sich nicht in einem Abwehrrecht gegenüber staatlichen Eingriffen. Dies ist nur die eine Seite. Die andere Seite ist die kulturpolitische Aufgabe, ein freiheitliches Kunstleben zu ermöglichen, zu erhalten und zu fördern.

Für das Verhältnis von Politik und Literatur bedeutet dies: Literatur ist frei innerhalb der allgemeinen Normen des Rechtes und der Verfassung, frei, sich auf die Politik einzulassen oder von ihr Abstand zu halten. Politik muß das respektieren. Sie muß darüber hinaus bereit sein, im Rahmen ihrer Möglichkeiten da öffentliche Hilfe anzubieten, wo das freie Spiel der Kräfte nicht mehr glaubwürdig ist, wo die Gefahr der Klüngelhaftigkeit der Literaten und ihrer Verleger und die Gefahr von Rezensionkartellen heraufzieht, wo die Stillen übersehen werden und wo private Förderung nicht ausreicht, um der Literatur eine freie und umfassende Entfaltung zu ermöglichen.

Aus dem Enquete-Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der künstlerischen Berufe, der jetzt immerhin seit vier Jahren vorliegt, geht klar hervor, daß für die Künstler in Deutschland eine neue soziale Frage entstanden ist, daß sie keine vergleichbare soziale Sicherung genießen wie andere Berufsgruppen. Ohne den Künstlern für das Linsengericht der sozialen Sicherheit ihre Freiheit abzukaufen, müssen aus diesem Enquete-Bericht Konsequenzen gezogen werden. Allerdings muß auf die Gefahr hingewiesen werden, daß durch Einflußnahme und Dirigismus die Spontaneität und damit ein wesentliches Element der Kunst verlorengeht. Ich will das bestimmt nicht romantisieren: Aber bis zu einem gewissen Grade gehört zum Künstler auch, daß er sich durchsetzt. Zwar braucht er Starthilfen, aber es muß auch davor gewarnt werden, daß die materielle Sicherung der Autoren mit einer „Verstaatlichung“ der Literatur endet. Die Diskussion darüber muß fortgesetzt werden, wie wir aufgrund des Enquete-Berichtes das eine erreichen können und nicht die Gefahr des anderen dafür eintauschen. Das ist sich unser Staat als Kulturstaat wie als Sozialstaat schuldig.

Freiheitlich-demokratische Politik will einen Staat, der sich zu geistiger Offenheit, Liberalität und Toleranz bekennt – einer Toleranz allerdings, die die Anerkennung der Grundlagen und Grundwerte dieses Staates voraussetzt. Dazu gehört es, daß Toleranz nicht als Schrankenlosigkeit mißverstanden wird und daß Kritik, Auseinandersetzung und Konflikt im Rahmen der Normen unserer Rechts- und Verfassungsordnung ausgetragen werden. Wer angesichts der Verteidigung der Freiheit gegen ihre Feinde Briefe schreibt, wie das etwa in dem Taschenbuch „Briefe zur Verteidigung der Republik“ von Herrn Staeck getan worden ist, dem ist wohl gänzlich fremd geblieben, was Demokratie eigentlich bedeutet. In dem Brief von Herrn Staeck an mich findet sich der Satz: „Ich frage: Was wollen Sie aus der Demokratie machen? Einen Staat mit Treuebekennnissen als Morgenappell?“ Nein, dies will und dies wollen mit Sicherheit auch meine politischen Freunde nicht. Wir wollen Kritik, wir wollen in der Tat auch Polemik. Aber wir wollen zuerst jenen Grundansatz von Sympathie gegenüber diesem Staat, wir wollen jene „kritische Sympathie“ zu dieser Ordnung, von der Walter Scheel gesprochen hat.

Es wird in Zukunft mehr als bisher darauf ankommen, daß auch die Schriftsteller, die ja das geistige Leben wesentlich mitgestalten, sich von Mehrdeutigkeiten, Verharmlosungen und sympathisierender Verständnisbereitschaft für Haß und Gewalt mit großer Entschiedenheit distanzieren. Nur dann werden auch ihre Warnungen vor

Eingriffen in die Rechte der Person, vor der Verteufelung Unschuldiger, vor Verdächtigungen, die das geistige Klima vergiften, glaubhaft und ernst zu nehmen sein.

Entscheidend für das Gelingen eines Dialogs zwischen Politik und Literatur sind die Anerkennung und das Verständnis der prinzipiellen Unterschiedlichkeit der Standpunkte. Politiker und Autoren haben für Leben und Lebensbewältigung unterschiedliche Kategorien. Ich verkenne nicht die Möglichkeit gemeinsamer Positionen: Im Humanen, im Bemühen, einer totalen Vereinnahmung des Menschen durch Interessengruppen, Institutionen und angebliche Sachzwänge entgegenzuwirken und gemeinsam gegen einen angeblichen Fortschritt einzutreten, der mit einem Rückschritt der Lebensmöglichkeiten des Menschen bezahlt wird.

Zu den gemeinsamen Aufgaben von Literatur und Politik gehört auch, dafür Sorge zu tragen, daß die geistige Tradition, die bis in unsere Gegenwart reicht, nicht abreißt, sondern lebendig fortgeführt werden kann. Sie können mir glauben, daß ich dies nicht im Sinne restaurativer Tendenzen meine, sondern hier geht es um verantwortungsvolle Aufgaben für Schulen und Hochschulen, etwa für Deutschunterricht und Germanistik. Es war und ist ungeheuer mühsam, der Geschichte und der Literatur wieder ihren Stellenwert an deutschen Schulen zu erkämpfen, und es ist höchst erfreulich, auf unserer Seite jetzt auch einige von denen zu finden, die vor zehn oder 15 Jahren mit schuld daran waren, daß die Geschichte und die Literatur aus der Schule verdrängt wurden! Die „Realitäten“ in der Sicht des Politikers und die „Wirklichkeit“, die der Schriftsteller im Auge hat, sind zweierlei, beruhen auf unterschiedlichen Erfahrungen und Intentionen. Die Wahrheiten des Schriftstellers werden dem Politiker oft als Irrtümer erscheinen; die Kompromißbereitschaft des Politikers dem Schriftsteller oft als Schwäche. Es muß möglich sein, Irrtum und Schwäche beiderseits zu ertragen und trotzdem einen gemeinsamen Dialog zu führen.

Ein anderes kommt noch hinzu: Die Bereitschaft des Politikers, dem Schriftsteller nicht nur das Anders-denken-Dürfen einzuräumen, sondern sich auch von ihm „stören“ zu lassen, ist aus naheliegenden Gründen nicht sonderlich ausgeprägt. Vielleicht neigt der Politiker, der in seiner täglichen Arbeit mit Strukturen wie: Regierung/Opposition, politische Freunde/politischer Gegner zu tun hat, unwillkürlich dazu, die Autoren nach dem Schema „nützen sie/schaden sie der von mir vertretenen Politik“ zu sortieren. So kann natürlich kein angemessener Dialog entstehen.

Denn Literatur, die diese Bezeichnung verdient, muß in einer Epoche ungeheurer Dissonanzen mehr sein als realitätsferne „Silberfracht“; mit der „heilen Welt“ allein werden wir sicher nicht bestehen. Und dennoch darf Literatur sich nicht in einseitiger politischer Publizistik erschöpfen. Um der bekannten Frage nicht auszuweichen: Auch „nach Auschwitz“ können und müssen Gedichte geschrieben werden; aber von Dichtern, die wissen, daß auch Auschwitz zu den Abgründen menschlicher Möglichkeiten gehört.

Und ein Drittes: Der eigentliche Adressat von Literatur ist der einzelne, der lesende, der mitempfindende, mitdenkende, mitträumende Mensch. Dichtung im Kollektiv, Dichtung für ein Kollektiv ist nach abendländischer Tradition ein Widerspruch in sich selbst. Der Politiker aber, der Mehrheiten braucht, um Politik zu verwirklichen, der es in der Gesellschaft mit lautstarken Verbänden und Gruppen zu tun hat, läuft nicht selten Gefahr, über den vielen den einzelnen zu vergessen. Allerdings ist die Politik

hier in einen Lernprozeß eingetreten und dabei, den einzelnen wieder zu entdecken. Und wenn ich nicht irre, ist es bei den Schriftstellern ebenfalls so, daß sie entschiedener über das Ich, den einzelnen hinaus das größere Ganze, die Gemeinschaft erkennen, daß Konsequenzen daraus gezogen werden, daß der Mensch nicht nur Individuum, sondern auch Zoon politikon ist.

Um so wichtiger ist es, daß Schriftsteller und Politiker in Zukunft stärker aufeinander hören – auch, wo sie noch erhebliche Verständigungsschwierigkeiten haben. Für meinen Teil und nicht nur für mich allein, sondern für starke Kräfte in meiner Partei möchte ich die deutliche Bereitschaft erklären, auf die Literatur zu hören, die literarische Gleichgültigkeit, die künstlerische Gleichgültigkeit bürgerlicher Politik, die es hier und dort sicher gegeben hat und gibt, tatsächlich zu überwinden.

Wir stehen in diesen letzten Jahren dieses Jahrzehntes vor einer Fülle politischer Probleme, die uns ungeheuer bedrängen. Wir werden sie, ob innen- oder außenpolitischer Art, vielleicht nur lösen können, wenn uns auch eine neue geistige Standortbestimmung gelingt. Zum ersten Male seit 1945 ist in einem breiten Kreis der Öffentlichkeit eine Bereitschaft entstanden, über Fragen, wie wir sie hier angeschnitten haben, wieder zu diskutieren. Dies gibt für die Zukunft doch einen neuen Aspekt und auch einen gewissen Hoffnungsschimmer.